

Vorlagennummer: FB 56/0564/WP18
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 02.01.2025

Anschreiben zu Haushaltskürzungen

Vorlageart: Kenntnisnahme
Federführende Dienststelle: FB 56 - Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration
Beteiligte Dienststellen:
Verfasst von: DEZ VI, FB 56/100

Beratungsfolge:

| Datum | Gremium | Zuständigkeit |
|--------------|-----------------|----------------------|
| 22.01.2025 | Integrationsrat | Kenntnisnahme |

Erläuterungen:

Auf Wunsch der Vorsitzenden des Integrationsrats der Stadt Aachen, Frau Smajic, wurde das Thema "Anschreiben zu Haushaltskürzungen" auf die Tagesordnung der Sitzung des Integrationsrats am 22. Januar 2025 gesetzt.

Bezugnehmend auf beabsichtigte Haushaltskürzungen beim Land und beim Bund hat Frau Smajic am 24. Oktober 2024 verschiedene Mandatsträger*innen im Landtag NRW sowie im Bundestag angeschrieben. Auf Wunsch der Vorsitzenden des Integrationsrats werden die jeweiligen Anschreiben samt Antworten der Mandatsträger*innen dem Integrationsrat zur Kenntnis gegeben und sind daher der Vorlage als Anlagen beigefügt.

Anlage/n:

- 1 - Anschreiben und Antwort Herr Benner (öffentlich)

- 2 - Anschreiben und Antwort Frau Rhie (öffentlich)

- 3 - Anschreiben und Antwort Herr Kämmerling/Herr Möller (öffentlich)

- 4 - Anschreiben und Antwort Frau Vogelheim (öffentlich)

- 5 - Anschreiben und Antwort Herr Scheen-Pauls (öffentlich)

Michelle Schmidt - TOP Haushaltskürzungen, Antwort Benner

Von: Amina Smajic <smajic@me.com>
An: Michelle Schmidt <Michelle.Schmidt@mail.aachen.de>
Datum: 20.12.2024 11:07
Betreff: TOP Haushaltskürzungen, Antwort Benner
Anlagen: Schneider-Lander, Pia.vcf

Amina Smajic
smajic@me.com

Anfang der weitergeleiteten Nachricht:

Von: "Pia Schneider-Lander" <Pia.Schneider-Lander@mail.aachen.de>
Betreff: Wtrlt: AW: Haushaltskürzungen
Datum: 25. Oktober 2024 um 07:40:22 MESZ
An: "Amina Smajic" <smajic@me.com>

>>> Wahlkreisbüro Lukas Benner MdB <lukas.benner.wk@bundestag.de> 24.10.2024 16:47 >>>

Sehr geehrte Frau Smajic,

vielen Dank für Ihre Nachricht und Ihr Engagement für die Integrationsarbeit in Aachen. Ich teile Ihre Sorge über die geplanten Haushaltskürzungen und deren gravierende Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserer vielfältigen Stadt.

Wir Grüne sind uns der Bedeutung ihrer Arbeit voll bewusst und wenden uns entschieden gegen die geplanten Kürzungen. Aktuell finden Verhandlungen zu diesem Thema statt. Ich kann Ihnen versichern, dass wir alles in unserer Macht Stehende tun, um die Integrationsarbeit und den Schutz der Menschenrechte zu wahren. Ich bitte um Verständnis, dass ich Ihnen zum aktuellen Stand noch keine detaillierten Informationen geben kann.

Vielen Dank für Ihr Engagement und Ihr Vertrauen.

Mit freundlichen Grüßen,

Lukas Benner

Wahlkreisbüro Lukas Benner, MdB

lukas.benner.wk@bundestag.de

[02471/133 8437](tel:024711338437)

Büro Aachen

Franzstraße 34
52064 Aachen

Büro Nordeifel
Hauptstraße 35
52159 Roetgen

Von: Pia Schneider-Lander <Pia.Schneider-Lander@mail.aachen.de>
Datum: 24. Oktober 2024 um 08:21:27 MESZ
An: Benner Lukas <lukas.benner@bundestag.de>
Kopie: Amina Smajic <smajic@me.com>
Betreff: Haushaltskürzungen

Sehr geehrter Herr Benner,

als Vorsitzende des Integrationsrates Aachen wende ich mich heute in tiefer Sorge an Sie, um auf die aktuellen Entwicklungen aufmerksam zu machen, die unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt bedrohen. Rund 40 % der Aachener Bürgerinnen und Bürger haben eine internationale Familiengeschichte. Aachen ist vielfältig und bunt. Doch trotz dieser Stärke stehen wir vor großen Herausforderungen: dem demografischen Wandel, der Fachkräfteeinwanderung, Chancenungleichheit, einem drohenden Bildungsnotstand, strukturellem Rassismus, Extremismus und dem Klimawandel. Diese Aufgaben können wir nur gemeinsam bewältigen.

Es gibt viel zu tun! Deshalb brauchen wir ein stabiles Fundament für die Zukunft – einen festen Anker in unseren Werten. Das Grundgesetz und vor allem der Schutz elementarer Menschenrechte bieten uns diesen Anker. Doch wir sehen diese Grundpfeiler zunehmend bedroht, durch das Abdriften in populistische Strömungen und die Anbiederung an rechtes Gedankengut. Es ist Zeit für einen „Aufstand der Anständigen“, damit wir unsere demokratischen Fundamente nicht verlieren.

Besonders möchte ich den geplanten Haushaltsplanentwurf 2025 der Landesregierung NRW hervorheben, der die weitgehende Zerschlagung des Förderprogramms „Soziale Beratung von Geflüchteten“ vorsieht. Dieser drastische Schritt trifft die Schwächsten in unserer Gesellschaft – Menschen, die in unserem Land Zuflucht suchen, um Schutz und Hoffnung zu finden. Die geplante Streichung der Asylverfahrensberatung (AVB) in den Aufnahmeeinrichtungen wäre ein schwerer Rückschlag für den humanitären Umgang mit Geflüchteten.

Es ist kaum fassbar, dass in bis zu 55 der geplanten 75 Unterkünfte keine qualifizierte Beratung für das Asylverfahren mehr angeboten werden soll. Besonders erschüttert mich die geplante Streichung der Beratung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (AVB umF). Diese Kinder und Jugendlichen haben bereits unvorstellbare Traumata durchlebt – ihnen nun den Zugang zu rechtlicher Beratung und Unterstützung zu verwehren, ist ein unentschuldbares Versäumnis.

Als Mitglied einer Partei, die sich für Menschenrechte, Integration, Fortschritt und soziale Gerechtigkeit stark macht, bitte ich Sie eindringlich, sich gegen diese Kürzungen zu stellen. Die Streichung der unabhängigen Ausreise- und Perspektivberatung sowie

der Fachstellen, die für die strukturelle Vernetzung und Kommunikation mit Behörden unerlässlich sind, ist nicht nur eine Schwächung der Unterstützungssysteme, sondern auch ein Verrat an den Werten, für die wir als Gesellschaft stehen.

Wir zählen auf Sie!

Mit besorgten Grüßen

Amina Smajic
Vorsitzende des Integrationsrates Aachen

Michelle Schmidt - TOP Haushaltskürzungen, Antwort Rhie

Von: Amina Smajic <smajic@me.com>
An: Michelle Schmidt <Michelle.Schmidt@mail.aachen.de>
Datum: 20.12.2024 11:00
Betreff: TOP Haushaltskürzungen, Antwort Rhie
Anlagen: Schneider-Lander, Pia.vcf

Amina Smajic
smajic@me.com

Anfang der weitergeleiteten Nachricht:

Von: "Pia Schneider-Lander" <Pia.Schneider-Lander@mail.aachen.de>
Betreff: Writl: AW: Haushaltskürzungen
Datum: 11. November 2024 um 07:43:17 MEZ
An: "Amina Smajic" <smajic@me.com>

>>> Rhie Ye-One <ye-one.rhie@bundestag.de> 04.11.2024 09:29 >>>
Sehr geehrte Frau Smajic,

vielen Dank, dass Sie sich mit Ihren Befürchtungen zum politischen Klima und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland an mich wenden.
Ich teile Ihre Ansicht, dass wir großen gesellschaftlichen Problemen gegenüberstehen und uns auf das Grundgesetz und den Schutz der Menschenrechte besinnen müssen. Die aktuelle Diskursverschiebung, Migration in erster Linie negativ zu betrachten erfüllt mich mit großer Sorge. Daher stimme ich Ihnen zu: Kürzungen von Beratungsangeboten für Asylbewerber:innen sind eine falsche Maßnahme unter denen Menschen, die eine schwierige Flucht hinter sich haben, am deutlichsten leiden würden. Ich werde mich gerne für Ihr Anliegen einsetzen. Die von Ihnen angesprochenen Pläne werden allerdings durch den Landtag beschlossen. Aber auch dort, habe ich vernommen, stellt sich die Fraktion der SPD gegen die Pläne der Landesregierung.

Mit freundlichen Grüßen
Ye-One Rhie

Ye-One Rhie
Mitglied des Deutschen Bundestages

Aachener Büro
Heinrichsallee 52/54
52062 Aachen
Büro: [+49 241 888 37406](tel:+4924188837406)

Berliner Büro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: [+49 30 - 227 78160](tel:+493022778160)

Mail: ye-one.rhie@bundestag.de
Web: <https://yeonerhie.de/>

Von: Pia Schneider-Lander <Pia.Schneider-Lander@mail.aachen.de>
Gesendet: Donnerstag, 24. Oktober 2024 08:25:16
An: Rhie Ye-One
Cc: Amina Smajic
Betreff: Haushaltskürzungen

Sehr geehrte Frau Rhie,

als Vorsitzende des Integrationsrates Aachen wende ich mich heute in tiefer Sorge an Sie, um auf die aktuellen Entwicklungen aufmerksam zu machen, die unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt bedrohen. Rund 40 % der Aachener Bürgerinnen und Bürger haben eine internationale Familiengeschichte. Aachen ist vielfältig und bunt. Doch trotz dieser Stärke stehen wir vor großen Herausforderungen: dem demografischen Wandel, der Fachkräfteeinwanderung, Chancengleichheit, einem drohenden Bildungsnotstand, strukturellem Rassismus, Extremismus und dem Klimawandel. Diese Aufgaben können wir nur gemeinsam bewältigen.

Es gibt viel zu tun! Deshalb brauchen wir ein stabiles Fundament für die Zukunft – einen festen Anker in unseren Werten. Das Grundgesetz und vor allem der Schutz elementarer Menschenrechte bieten uns diesen Anker. Doch wir sehen diese Grundpfeiler zunehmend bedroht, durch das Abdriften in populistische Strömungen und die Anbiederung an rechtes Gedankengut. Es ist Zeit für einen „Aufstand der Anständigen“, damit wir unsere demokratischen Fundamente nicht verlieren.

Besonders möchte ich den geplanten Haushaltsplanentwurf 2025 der Landesregierung NRW hervorheben, der die weitgehende Zerschlagung des Förderprogramms „Soziale Beratung von Geflüchteten“ vorsieht. Dieser drastische Schritt trifft die Schwächsten in unserer Gesellschaft – Menschen, die in unserem Land Zuflucht suchen, um Schutz und Hoffnung zu finden. Die geplante Streichung der Asylverfahrensberatung (AVB) in den Aufnahmeeinrichtungen wäre ein schwerer Rückschlag für den humanitären Umgang mit Geflüchteten.

Es ist kaum fassbar, dass in bis zu 55 der geplanten 75 Unterkünften keine qualifizierte Beratung für das Asylverfahren mehr angeboten werden soll. Besonders erschüttert mich die geplante Streichung der Beratung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (AVB umF). Diese Kinder und Jugendlichen haben bereits unvorstellbare Traumata durchlebt – ihnen nun den Zugang zu rechtlicher Beratung und Unterstützung zu verwehren, ist ein unentschuldigbares Versäumnis.

Als Mitglied einer Partei, die sich für Menschenrechte, Integration, Fortschritt und soziale Gerechtigkeit stark macht, bitte ich Sie eindringlich, sich gegen diese Kürzungen zu stellen. Die Streichung der unabhängigen Ausreise- und Perspektivberatung sowie der Fachstellen, die für die strukturelle Vernetzung und Kommunikation mit Behörden unerlässlich sind, ist nicht nur eine Schwächung der Unterstützungssysteme, sondern auch ein Verrat an den Werten, für die wir als Gesellschaft stehen.

Wir zählen auf Sie!

Mit besorgten Grüßen

Amina Smajic
Vorsitzende des Integrationsrates Aachen

Michelle Schmidt - TOP Haushaltskürzungen, hier: Antwort SPD (Aaron Möller)

Von: Amina Smajic <smajic@me.com>
An: Michelle Schmidt <Michelle.Schmidt@mail.aachen.de>
Datum: 20.12.2024 11:00
Betreff: TOP Haushaltskürzungen, hier: Antwort SPD (Aaron Möller)
Anlagen: IMAGE.jpeg; SPD-Fraktion_NRW_Flyer_Aenderungsantraege_Haushalt_Online.pdf; Schneider-Lander, Pia.vcf

Amina Smajic
smajic@me.com

Anfang der weitergeleiteten Nachricht:

Von: "Pia Schneider-Lander" <Pia.Schneider-Lander@mail.aachen.de>
Betreff: Wtrlt: **AW: Haushaltskürzungen**
Datum: 14. November 2024 um 07:37:32 MEZ
An: "Amina Smajic" <smajic@me.com>

Hallo Frau Smajic,

hier die Antwort von der SPD.

Liebe Grüße
Pia Schneider- Lander

>>> <Aaron.Moeller@landtag.nrw.de> 13.11.2024 11:15 >>>

Hallo Frau Schneider-Lander,

ich darf herzlich für Ihre E-Mail an Herrn Kämmerling danken, der mich nach Rücksprache gebeten hat, Ihnen zu antworten.

Die von Ihnen beschriebenen Sorgen rund um die geplanten Kürzungen der CDU-Grün geführten Landesregierung können wir sehr gut nachvollziehen. Wir stehen seit einiger Zeit mit vielen Organisationen, Verbänden und sozialen Einrichtungen im Kontakt, die allesamt die gleichen Sorgen eint. Innerhalb der SPD-Landtagsfraktion wurde vereinbart, Stellungnahmen, wie die Ihre, bei den Kolleginnen und Kollegen des zuständigen Fachausschusses zu sammeln. Die für Haushalt zuständigen Kolleginnen und Kollegen der SPD-Landtagsfraktion erhalten so ein einheitliches Bild über das gesamte Land verteilt und haben die vergangenen Wochen dazu genutzt, solche Rückmeldungen zu sortieren, zu bewerten und in die politische Tätigkeit

einfließen zu lassen. Aus diesem Grunde haben wir auch Ihre Eingabe an den Facharbeitskreis weitergeleitet.

Trotz eines Rekordhaushalts in NRW in Höhe von 105,5 Milliarden Euro legt die Landesregierung die Axt bei den Zuschüssen vor allem in der Sozialpolitik an. Vor allem Bedürftige und Familien sind die Leidtragenden des Haushaltsentwurfes 2025 der schwarz-grünen Landesregierung. Allein hier summieren sich die Kürzungen auf über 100 Millionen Euro. Die Landesregierung verkennt völlig den Ernst der Lage: Viele Kürzungen haben nicht nur Einschränkungen von Beratungen oder Hilfeleistungen zur Folge, sondern gefährden das Fundament der Einrichtungen und Institutionen.

Unter nachfolgendem Link können Sie sich einige Erläuterungen und Positionen der SPD-Landtagsfraktion diesbezüglich

durchlesen: <https://www.spd-fraktion-nrw.de/haushalt/#0ba89c7a8878a78e6>

Nach den zahlreichen Rückmeldungen, wie Sie sie mitgeteilt haben, hat die SPD-Fraktion in der Fraktionssitzung am 12. November 2024 ein erstes Änderungspaket zum Haushalt beschlossen. Wir stellen zur zweiten Lesung und zu den Beratungen in den Fachausschüssen über 50 Änderungsanträge mit einem Gesamtvolumen in Höhe von rund 170 Millionen Euro. Dabei konzentrieren wir uns auf die Rücknahme der von der schwarz-grünen Landesregierung vorgesehenen Kürzungen im Sozialbereich und bei den Familien.

Hier können Sie eine erste Übersicht der vorgeschlagenen Maßnahmen einsehen: [Zu unseren Initiativen Part I.](#)

Ich darf Ihnen zudem beigefügt einen Informationsflyer zukommen lassen, auf dem einige der Kürzungen dargestellt werden.

Herzliche Grüße und alles Gute
Aaron Möller

--

Aaron Möller
Mitarbeiter

Stefan Kämmerling MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: [0211 884 2665](tel:02118842665)

Mobil: [0157 3719 0248](tel:015737190248)

E-Mail: aaron.moeller@landtag.nrw.de

E-Mail: buero@stefankaemmerling.de

Von: Pia Schneider-Lander <Pia.Schneider-Lander@mail.aachen.de>
Datum: 24. Oktober 2024 um 08:26:40 MESZ
An: "Kämmerling, Stefan (SPD)"
<Stefan.Kaemmerling@landtag.nrw.de>
Kopie: Amina Smajic <smajic@me.com>
Betreff: Haushaltskürzungen

Sehr geehrter Herr Kämmerling,

als Vorsitzende des Integrationsrates Aachen wende ich mich heute in tiefer Sorge an Sie, um auf die aktuellen Entwicklungen aufmerksam zu machen, die unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt bedrohen. Rund 40 % der Aachener Bürgerinnen und Bürger haben eine internationale Familiengeschichte. Aachen ist vielfältig und bunt. Doch trotz dieser Stärke stehen wir vor großen Herausforderungen: dem demografischen Wandel, der Fachkräfteeinwanderung, Chancenungleichheit, einem drohenden Bildungsnotstand, strukturellem Rassismus, Extremismus und dem Klimawandel. Diese Aufgaben können wir nur gemeinsam bewältigen.

Es gibt viel zu tun! Deshalb brauchen wir ein stabiles Fundament für die Zukunft – einen festen Anker in unseren Werten. Das Grundgesetz und vor allem der Schutz elementarer Menschenrechte bieten uns diesen Anker. Doch wir sehen diese Grundpfeiler zunehmend bedroht, durch das Abdriften in populistische Strömungen und die Anbiederung an rechtes Gedankengut. Es ist Zeit für einen „Aufstand der Anständigen“, damit wir unsere demokratischen Fundamente nicht verlieren.

Besonders möchte ich den geplanten Haushaltsplanentwurf 2025 der Landesregierung NRW hervorheben, der die weitgehende Zerschlagung des Förderprogramms „Soziale Beratung von Geflüchteten“ vorsieht. Dieser drastische Schritt trifft die Schwächsten in unserer Gesellschaft – Menschen, die in unserem Land Zuflucht suchen, um Schutz und Hoffnung zu finden. Die geplante Streichung der Asylverfahrensberatung (AVB) in den Aufnahmeeinrichtungen wäre ein schwerer Rückschlag für den humanitären Umgang mit Geflüchteten.

Es ist kaum fassbar, dass in bis zu 55 der geplanten 75 Unterkünfte keine qualifizierte Beratung für das Asylverfahren mehr angeboten werden soll. Besonders erschüttert mich die geplante Streichung der Beratung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (AVB umF). Diese Kinder und Jugendlichen haben bereits unvorstellbare Traumata

durchlebt – ihnen nun den Zugang zu rechtlicher Beratung und Unterstützung zu verwehren, ist ein unentschuldbares Versäumnis.

Als Mitglied einer Partei, die sich für Menschenrechte, Integration, Fortschritt und soziale Gerechtigkeit stark macht, bitte ich Sie eindringlich, sich gegen diese Kürzungen zu stellen. Die Streichung der unabhängigen Ausreise- und Perspektivberatung sowie der Fachstellen, die für die strukturelle Vernetzung und Kommunikation mit Behörden unerlässlich sind, ist nicht nur eine Schwächung der Unterstützungssysteme, sondern auch ein Verrat an den Werten, für die wir als Gesellschaft stehen.

Wir zählen auf Sie!

Mit besorgten Grüßen

Amina Smajic

Vorsitzende des Integrationsrates Aachen

Michelle Schmidt - TOP Haushaltskürzungen, Antwort Astrid Vogelheim

Von: Amina Smajic <smajic@me.com>
An: Michelle Schmidt <Michelle.Schmidt@mail.aachen.de>
Datum: 20.12.2024 10:59
Betreff: TOP Haushaltskürzungen, Antwort Astrid Vogelheim

Amina Smajic
smajic@me.com

Anfang der weitergeleiteten Nachricht:

Von: "Pia Schneider-Lander" <Pia.Schneider-Lander@mail.aachen.de>
Betreff: Wtrlt: AW: Haushaltskürzungen
Datum: 4. Dezember 2024 um 06:18:25 MEZ
An: "Amina Smajic" <smajic@me.com>

Hallo Frau Smajic,

anbei eine weitere Antwort aus dem Landtag.

Liebe Grüße
psl

Von: <Astrid.Vogelheim@landtag.nrw.de>
Betreff: AW: Haushaltskürzungen
Datum: 3. Dezember 2024 um 16:17:27 MEZ
An: "Pia Schneider-Lander" <Pia.Schneider-Lander@mail.aachen.de>
Kopie: <Sarah.Zuehlke@landtag.nrw.de>

Sehr geehrte Frau Smajic,

Trotz schwieriger Haushaltslage konnten wir in den Haushaltsverhandlungen eine Rücknahme vieler Kürzungen im Sozialbereich erreichen.
Auch im Bereich Flucht und Asyl ist es gelungen, Verschiebungen im Haushalt zu erreichen. Offizielle Informationen dazu werden Kürze erfolgen.

Leider ließ die Haushaltslage nur geringen Spielraum.

Wenn Sie Interesse an einem persönlichen Austausch dazu haben, stehe ich dafür sehr gerne zur Verfügung.

Herzliche Grüße

Astrid Vogelheim

Von: Pia Schneider-Lander <Pia.Schneider-Lander@mail.aachen.de>

Gesendet: Donnerstag, 24. Oktober 2024 08:30

An: Vogelheim, Astrid (Gruene) <astrid.vogelheim@landtag.nrw.de>

Cc: Amina Smajic <smajic@me.com>

Betreff: Haushaltskürzungen

Sehr geehrte Frau Vogelheim,

als Vorsitzende des Integrationsrates Aachen wende ich mich heute in tiefer Sorge an Sie, um auf die aktuellen Entwicklungen aufmerksam zu machen, die unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt bedrohen. Rund 40 % der Aachener Bürgerinnen und Bürger haben eine internationale Familiengeschichte. Aachen ist vielfältig und bunt. Doch trotz dieser Stärke stehen wir vor großen Herausforderungen: dem demografischen Wandel, der Fachkräfteeinwanderung, Chancenungleichheit, einem drohenden Bildungsnotstand, strukturellem Rassismus, Extremismus und dem Klimawandel. Diese Aufgaben können wir nur gemeinsam bewältigen.

Es gibt viel zu tun! Deshalb brauchen wir ein stabiles Fundament für die Zukunft – einen festen Anker in unseren Werten. Das Grundgesetz und vor allem der Schutz elementarer Menschenrechte bieten uns diesen Anker. Doch wir sehen diese Grundpfeiler zunehmend bedroht, durch das Abdriften in populistische Strömungen und die Anbiederung an rechtes Gedankengut. Es ist Zeit für einen „Aufstand der Anständigen“, damit wir unsere demokratischen Fundamente nicht verlieren.

Besonders möchte ich den geplanten Haushaltsplanentwurf 2025 der Landesregierung NRW hervorheben, der die weitgehende Zerschlagung des Förderprogramms „Soziale Beratung von Geflüchteten“ vorsieht. Dieser drastische Schritt trifft die Schwächsten in unserer Gesellschaft – Menschen, die in unserem Land Zuflucht suchen, um Schutz und Hoffnung zu finden. Die geplante Streichung der Asylverfahrensberatung (AVB) in den Aufnahmeeinrichtungen wäre ein schwerer Rückschlag für den humanitären Umgang mit Geflüchteten.

Es ist kaum fassbar, dass in bis zu 55 der geplanten 75 Unterkünften keine qualifizierte Beratung für das Asylverfahren mehr angeboten werden soll. Besonders erschüttert mich die geplante Streichung der Beratung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (AVB umF). Diese Kinder und Jugendlichen haben bereits unvorstellbare Traumata durchlebt – ihnen nun den Zugang zu rechtlicher Beratung und Unterstützung zu verwehren, ist ein unentschuldbares Versäumnis.

Als Mitglied einer Partei, die sich für Menschenrechte, Integration, Fortschritt und soziale Gerechtigkeit stark macht, bitte ich Sie eindringlich, sich gegen diese Kürzungen zu stellen. Die Streichung der unabhängigen Ausreise- und Perspektivberatung sowie der Fachstellen, die für die strukturelle Vernetzung und Kommunikation mit Behörden unerlässlich sind, ist nicht nur eine Schwächung der Unterstützungssysteme, sondern auch ein Verrat an den Werten, für die wir als Gesellschaft stehen.

Wir zählen auf Sie!

Mit besorgten Grüßen

Amina Smajic

Vorsitzende des Integrationsrates Aachen

Michelle Schmidt - TOP Haushaltskürzungen, Antwort Schein-Pauls

Von: "info@kanzlei-smajic.de" <info@kanzlei-smajic.de>
An: Michelle Schmidt <Michelle.Schmidt@mail.aachen.de>
Datum: 20.12.2024 11:06
Betreff: TOP Haushaltskürzungen, Antwort Schein-Pauls

Sehr geehrte Damen und Herren,

beiliegende Unterlagen erhalten Sie mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Amina Smajic
Rechtsanwältin
Fachanwältin für Medizinrecht

Münsterstr. 119
52076 Aachen
Tel. [02408 7256497](tel:024087256497)
Fax. [01573 5984467](tel:015735984467)

Email: info@kanzlei-smajic.de
Internet: www.kanzlei-smajic.de

Anfang der weitergeleiteten Nachricht:

Von: <Daniel.Scheen-Pauls@landtag.nrw.de>
Betreff: AW: Haushaltskürzungen
Datum: 19. Dezember 2024 um 16:14:14 MEZ
An: <Pia.Schneider-Lander@mail.aachen.de>, <smajic@me.com>

Sehr geehrte Frau Smajic, sehr geehrte Frau Schneider-Lander,

vielen Dank für Ihre E-Mail vom 24.10.2024. Bitte entschuldigen Sie die längere Bearbeitungszeit.

Ihre Ausführungen zu geplanten Haushaltskürzungen habe ich mit Interesse und nehme gerne dazu wie folgt Stellung:

Die verschiedenen Beratungsformate für Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen sind der Landesregierung und mir ganz persönlich ein wichtiges Anliegen.

Sie unterstützen Geflüchtete dabei, sich zu orientieren, und begleiten sie bei der Teilhabe und der Entwicklung von Perspektiven in unserer Gesellschaft. Viele Geflüchtete haben traumatische Erfahrungen gemacht. Spezialisierte Beratungen zeigen durch Einzelfallhilfe und Gruppenarbeit Wege auf, mit diesen Belastungen umzugehen, und begleiten den Zugang zu weiteren psychosozialen Unterstützungsangeboten. Ich bin den vielen Beraterinnen und Beratern in den Landeseinrichtungen und in den Kommunen sehr dankbar für das persönliche Engagement, mit dem sie diese wichtige Aufgabe übernehmen.

In den aktuellen Diskussionen um notwendige Sparmaßnahmen des Landes möchte ich folgende Fakten voranstellen:

Die Rahmenbedingungen für den Haushalt 2025 sind denkbar schwierig. Politische Entscheidungen auf der Bundesebene, die von den Ländern mitfinanziert werden müssen, belasten den Landeshaushalt bereits heute zusätzlich mit rund 4 Milliarden Euro pro Jahr. Hinzu kommen weitere 1 Milliarde Euro, die wir durch Belastungen im Bundeshaushalt 2025 erwarten müssen. Außerdem sinken die Steuereinnahmen, weil die Bundesregierung keine Wachstumsimpulse gesetzt hat und die Wirtschaft schrumpft. Allein dadurch fehlen unserem Haushalt ca. 1 Milliarde Euro jährlich.

Die Landesregierung musste deshalb im Haushalt 2025 eine klare Prioritätensetzung vornehmen. Bildung ist ein zentraler Schwerpunkt unserer politischen Arbeit. Mit fast 42 Milliarden Euro erreichen die Aufwendungen für Bildung im kommenden Jahr einen neuen Rekordwert – ein Plus von 2,7 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr. In Zeiten knapper Kassen investieren wir bewusst in die Zukunft unserer Kinder und ihre Bildungschancen. Davon profitieren auch die rund 40.000 Kinder, die infolge einer bleibend hohen Zuwanderung jährlich in unser Bildungssystem integriert werden.

Gleichzeitig müssen die geringeren Mittel möglichst zielgerichtet eingesetzt werden. Vor diesem Hintergrund haben wir für das Förderprogramm „Soziale Beratung von Geflüchteten“ im Haushaltsjahr 2025 eine Neustrukturierung vorgesehen. Mit der Verlagerung von 15,1 Millionen Euro fördern wir weiterhin die wichtige Aufgabe der regionalen Beratung, die vor Ort in den Kommunen maßgebliche Unterstützung leistet. Die Förderung der Psychosozialen Zentren für Geflüchtete (PSZ) kann nach dem Haushaltsentwurf der Landesregierung im bisherigen Umfang fortgesetzt werden. In den Landeseinrichtungen werden die Beschwerdestellen und die psychosozialen Erstberatungsstellen zu Sozialberatungsstellen zusammengeführt.

Für die Asylverfahrensberatung stellt seit 2023 der Bund Fördermittel zur Verfügung, die bisher in Nordrhein-Westfalen nicht ausgeschöpft wurden. Die Asylverfahrensberatung soll daher künftig ausschließlich auf diesem Weg gefördert werden.

Über das Maßnahmenpaket der Landesregierung nach dem Terroranschlag in Solingen werden zusätzliche Mittel im Bereich Flucht und Integration in Höhe von mehr als 17 Millionen Euro mobilisiert. Es ist davon auszugehen, dass bestehende Projekte in erster Linie profitieren. Unter anderem stehen weitere 6 Millionen Euro für die soziale Beratung von Geflüchteten in den Landesunterkünften bereit, wovon 1 Million Euro für die Asylverfahrensberatung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge vorgesehen ist. Das Ministerium arbeitet gerade mit Hochdruck an den Förderrichtlinien und wird die Träger so bald wie möglich informieren.

Ich hoffe, Sie sehen, dass die Landesregierung in einer angespannten Haushaltslage einen Schwerpunkt auf den Erhalt bewährter Strukturen setzt und die Unterstützung sowie Begleitung geflüchteter Menschen in Nordrhein-Westfalen ein wichtiges Anliegen bleibt.

Herzliche Grüße

Daniel Scheen-Pauls MdL



Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
daniel.scheen-pauls@landtag.nrw.de
www.daniel-scheen-pauls.de
Telefon: [0211-884 2735](tel:0211-8842735)

Von: Pia Schneider-Lander <Pia.Schneider-Lander@mail.aachen.de>
Gesendet: Donnerstag, 24. Oktober 2024 08:28
An: Scheen-Pauls, Daniel (CDU) <Daniel.Scheen-Pauls@landtag.nrw.de>
Cc: Amina Smajic <smajic@me.com>
Betreff: Haushaltskürzungen

Sehr geehrter Herr Scheen-Pauls,

als Vorsitzende des Integrationsrates Aachen wende ich mich heute in tiefer Sorge an Sie, um auf die aktuellen Entwicklungen aufmerksam zu machen, die unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt bedrohen. Rund 40 % der Aachener Bürgerinnen und Bürger haben eine internationale Familiengeschichte. Aachen ist vielfältig und bunt. Doch trotz dieser Stärke stehen wir vor großen Herausforderungen: dem demografischen Wandel, der Fachkräfteeinwanderung, Chancenungleichheit, einem drohenden Bildungsnotstand, strukturellem Rassismus, Extremismus und dem Klimawandel. Diese Aufgaben können wir nur gemeinsam bewältigen.

Es gibt viel zu tun! Deshalb brauchen wir ein stabiles Fundament für die Zukunft – einen festen Anker in unseren Werten. Das Grundgesetz und vor allem der Schutz elementarer Menschenrechte bieten uns diesen Anker. Doch wir sehen diese Grundpfeiler zunehmend bedroht, durch das Abdriften in populistische Strömungen und die Anbiederung an rechtes Gedankengut. Es ist Zeit für einen „Aufstand der Anständigen“, damit wir unsere demokratischen Fundamente nicht verlieren.

Besonders möchte ich den geplanten Haushaltsplanentwurf 2025 der Landesregierung NRW hervorheben, der die weitgehende Zerschlagung des Förderprogramms „Soziale Beratung von Geflüchteten“ vorsieht. Dieser drastische Schritt trifft die Schwächsten in unserer Gesellschaft – Menschen, die in unserem Land Zuflucht suchen, um Schutz und Hoffnung zu finden. Die geplante Streichung der Asylverfahrensberatung (AVB) in den Aufnahmeeinrichtungen wäre ein schwerer Rückschlag für den humanitären Umgang mit Geflüchteten.

Es ist kaum fassbar, dass in bis zu 55 der geplanten 75 Unterkünfte keine qualifizierte Beratung für das Asylverfahren mehr angeboten werden soll. Besonders erschüttert mich

die geplante Streichung der Beratung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (AVB umF). Diese Kinder und Jugendlichen haben bereits unvorstellbare Traumata durchlebt – ihnen nun den Zugang zu rechtlicher Beratung und Unterstützung zu verwehren, ist ein unentschuldbares Versäumnis.

Als Mitglied einer Partei, die sich für Menschenrechte, Integration, Fortschritt und soziale Gerechtigkeit stark macht, bitte ich Sie eindringlich, sich gegen diese Kürzungen zu stellen. Die Streichung der unabhängigen Ausreise- und Perspektivberatung sowie der Fachstellen, die für die strukturelle Vernetzung und Kommunikation mit Behörden unerlässlich sind, ist nicht nur eine Schwächung der Unterstützungssysteme, sondern auch ein Verrat an den Werten, für die wir als Gesellschaft stehen.

Wir zählen auf Sie!

Mit besorgten Grüßen

Amina Smajic
Vorsitzende des Integrationsrates Aachen